

Rede von Elisabeth Graul, Zeitzeugin, anlässlich der Gedenkveranstaltung des Landtages zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953, Magdeburg, 17. Juni 2003

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich lasse ebenfalls die Titel weg.

Vor ein paar Jahren war der ehemalige Ministerpräsident von Thüringen, Bernhard Vogel, anlässlich des 17. Juni nach Wendgräben gekommen und sagte während seiner Ansprache Folgendes: „Aller Widerstand, der in der DDR geleistet wurde, hat zur Wende mit beigetragen.“ – So hatte ich das noch nie gehört, und es tat wohl, dies zu hören, während die Verdrängungsmechanismen weiter um sich griffen bis hin zu der Frage, ob denn die DDR überhaupt ein Unrechtsstaat gewesen wäre. Die verbreitete Meinung, es wäre nicht alles schlecht gewesen, argumentiert mit einem Gemeinplatz: Es gibt nichts, das nur schlecht oder nur gut ist; es kommt auf die Gewichtung an.

Heute früh bekam ich einen Anruf von einem mit mir Verurteilten, der mir von einer Tagung in Braunschweig am gestrigen Tag erzählte. Dazu war unter anderem Herr Schabowski eingeladen worden. Dieser versuchte in der Tat, die Maßnahmen des Staates und der Besatzungsmacht vom 17. Juni 1953 zu rechtfertigen.

Ich frage mich, wie es möglich ist, einen solchen Mann einzuladen, solche Dinge zuzulassen. Das ist ein Demokratieverständnis mit Redefreiheit und Meinungsfreiheit, dem ich nicht folgen kann. Hier werden Wunden neu aufgerissen, die eigentlich langsam und vorsichtig heilen sollten. Unter den Referenten waren auch Beteiligte des 17. Juni, und im Publikum saßen Menschen, die schwer gelitten hatten. Da hört bei mir das Demokratieverständnis auf, wenn es das in diesem Zusammenhang überhaupt jemals gibt.

Was den Kreis unserer Widerständler betraf, so hatten wir Anfang der 50er-Jahre die DDR zu verhindern versucht, allerdings aufgrund unserer idealistischen Einstellung und unserer Unerfahrenheit in politischen Fragen mit untauglichen Mitteln. Aber wir hatten uns als Anfang 20-Jährige voll eingebracht. Der Staatssicherheitsdienst schlug bald zu. Wir wurden vom Obersten Gericht der DDR - von Dr. Hilde Benjamin und Dr. Ernst Melsheimer - zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, die uns um wichtige Lebensjahre und um unsere Gesundheit brachten. Lebensläufe wurden deformiert - unreparierbar für alle Zeiten.

Es hat gedauert, bis man die verschiedenen Widerstandsgruppen, die es in der DDR gab, wahrgenommen hat. Jetzt sind sie zwar weitgehend bekannt, aber die Anerkennung ihrer Lebensleistung hat nur bedingt stattgefunden.

Es ist merkwürdig, dass immer die Partei, die in der Opposition ist, verspricht, etwas für uns zu tun, wenn sie ... - ja, wenn. Die CDU hat vor Jahren, als sie in Sachsen-Anhalt nicht die Regierungsgeschäfte in der Hand hatte, fest zugesagt zu handeln. Ich erinnere mich an eine Gesprächsrunde mit Herrn Dr. Remmers. Jetzt hat die CDU in Sachsen-Anhalt das Sagen - und wir sind gespannt.

Das Argument, die Kassen wären leer, verfängt nicht mehr, wenn beispielsweise geplant wird, für mehrere Millionen die Arbeitsämter umzubenennen. Dieses Missverhältnis zwischen Ankündigung und Verwirklichung ist peinlich und für uns Betroffene entwürdigend.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Ich habe schon bei anderen Anlässen mehrfach betont, dass es eine Unmöglichkeit ist, Menschen, die etwas für ihr Land getan haben, zum Teil unter der Armutsgrenze leben zu lassen. Hinzu kommt, dass die gesundheitlich Geschädigten immer noch beweisen müssen, dass und weshalb sie es sind.

Ich erinnere an das Schicksal des ehemaligen Alterspräsidenten des Landtages Heinz Hildebrandt. Er hat zwar vor dem Sozialgericht schließlich seine Anerkennung durchgefochten, aber nur unter Verzicht auf finanzielle Entschädigung.

Ich selbst kämpfe seit Jahren um die Berechtigung, mit Begleitung reisen zu können, was stets als nicht erforderlich abgelehnt worden ist. Ich möchte aber auch weiterhin als Zeitzeugin tätig sein, weil ich es als wichtig erachte, durch meine Lesungen sowohl vor Erwachsenen als auch vor Schülern und Studenten Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Resonanz betätigt das immer wieder.

Vor wenigen Tagen gab es im Bundestag eine Aussprache zum CDU/CSU-Gesetzentwurf zur Opferpension. Sie führte lediglich zu dem Ergebnis, dass der Themenkomplex in die Ausschüsse verwiesen wurde. Wenn es da als Gegenargument der Fraktionen von SPD und Grünen heißt, eine Ungleichbehandlung der Opfergruppen des Dritten Reiches und der DDR dürfe es nicht geben, dann muss ich leider feststellen, dass eine solche an der Tagesordnung ist. Zum Beispiel erhalten die Verfolgten der Naziherrschaft eine Ehrenpension, die nach dem Ende der DDR von der Bundesrepublik weiter gezahlt wird. Zweites Beispiel: Wir Opfer der SED-Justiz müssen unsere gesundheitlichen Schäden nachweisen, was wegen fehlender Unterlagen nur zum Teil möglich ist, während man solche bei der anderen Opfergruppe als gegeben voraussetzt.

Wer einmal Zeit gefunden hat, das Untersuchungshaftgefängnis Hohenschönhausen zu besichtigen, dem wird klar sein, dass die DDR ihre Gegner mit unausbleiblichen Folgen behandelt hat.

Verlängerung der Antragsfristen in Ehren: Haben die Verantwortlichen schon einmal bedacht, dass viele Betroffene hilflos vor dem Antragswesen stehen und deshalb lieber verzichten?

Wir sind hier zusammgekommen, um der Tage zu gedenken, an denen noch einmal Zivilcourage aufgeflammt ist, um sich gegen die Diktatur der SED zu wehren. Ich las in diesen Tagen einige Sätze, die mich sehr beeindruckt haben:

„Je näher der 17. Juni rückt, desto häufiger begegnet man Politikern, die Kränze durch die Gegend schleppen, und man hofft, dass sie sie leise vor ein Gefängnistor legen. Aber man befürchtet auch, dass sie sie den so genannten Betroffenen um den Hals hängen wie nach einem gewonnenen Autorennen.“

Wir möchten nicht zu Helden hochstilisiert werden; wir haben damals getan, was getan werden musste. Aber wir wünschen uns auch, dass dieses Tun nicht vergessen wird, dass es weitergesagt wird an die nachfolgende Generation, um sie Zivilcourage zu lehren.

Sachsen-Anhalt könnte heute ein Zeichen setzen - wie ich eben gehört habe, hat Herr Ministerpräsident Böhmer schon ein Zeichen in Berlin gesetzt -, ein beispielgebendes Signal senden. Es muss nicht immer alles von oben kommen. - Dürfen wir hoffen? - Danke.

[Quelle: Gedenkveranstaltung des Landtages zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Parlamentarische Schriftenreihe Heft 23, hrsg. vom Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003, S. 23-26.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---